



**Gabriele Schmidt**  
Mitglied des Bundestages

## „Schmidts Berliner Brief“ 8/15

### I. Das Wichtigste zuerst

#### 1. Menschen helfen – nicht erst, wenn sie in Seenot sind

Am Donnerstag dieser Woche trafen sich die EU-Staats- und Regierungschefs zu einem Sondergipfel zusammen. Es ist keine Zeit zu verlieren. Europa muss rasch Maßnahmen zur Verbesserung der Lage auf den Weg bringen – und über mittel- und langfristige Perspektiven beraten. Weder die hermetische Abriegelung Europas noch die bedingungslose Öffnung unserer Grenzen wird die Lösung sein. Aber ebenso richtig ist, dass wir uns Denkverbote für neue und kreative Lösungen nicht leisten können. Alles, was Menschen rettet, ist richtig. Und wir sollten den Schleusern unmissverständlich klar machen, dass wir ihre skrupellosen Geschäfte nicht tolerieren werden.

Lösungen, die erst auf dem Mittelmeer ansetzen, werden keine nachhaltige Verbesserung bringen. Dauerhaft kann sich die Lage nur über eine Verbesserung der Zustände in der Heimat der Menschen ändern. Dort müssen wir noch stärker als bisher zu Frieden und Gerechtigkeit beitragen. Dieser Verantwortung müssen und werden wir uns gemeinsam mit unseren Partnern weiter stellen.

#### 2. Umsetzung des Mindestlohns praxistauglich machen

Mich erreichen zahlreiche Zuschriften von Arbeitgebern verschiedener Branchen aus dem Wahlkreis, aber auch von Bürgermeistern, die verunsichert sind und die zurecht Rechtsklarheit

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!*

*Die Schiffskatastrophe vor der libyschen Küste geht uns alle an. Wir dürfen nicht wegschauen. Wir müssen helfen und als Europäische Union alles tun, damit die von gewissenlosen Schleppern ins Verderben geführten Menschen vor dem Tod gerettet werden. Als Grundlage dient der am Donnerstag vorgestellte Zehn-Punkte-Plan der EU. Aus meiner Sicht ist es vor allem wichtig, für mehr Seenothilfe zu sorgen, aber auch die schnelle Bearbeitung der Asylanträge ist dringend notwendig.*

*Das Bundesteilhabegesetz stand auch diese Woche auf den Tagesordnungen, u.a. der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales und des Ausschusses (S. 3).*

*Beim Hintergrundgespräch zur aktuellen Lage in Griechenland mit der Leiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung Athen, Susanna Vogt, wurde deutlich, dass das Land massive Strukturprobleme hat. Das Thema wird uns weiter beschäftigen. Wir wollen Griechenland helfen, die Probleme in den Griff zu kriegen. Ohne Gegenleistung bzw. die Bereitschaft zur Zusammenarbeit wird es jedoch zunehmend schwierig.*

*Pfarrer Thomas Schwarz aus Grafenhausen statete mir diese Woche einen Besuch ab, über den ich mich sehr gefreut habe (S. 4). Außerdem kam die erste BPA-Gruppe aus dem Wahlkreis nach Berlin (S. 3). Trotz Streiks verlief die Anreise problemlos, worüber alle erleichtert waren. Das spannende Programm entschädigte für die Aufregung vor der Abreise!*

*Mit herzliche Grüßen  
Ihre*

und Auskunft zu den Dokumentationspflichten der Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) fordern. Im Wahlkreis bin ich unterwegs, zuletzt bei der Zimmerer-Innung Waldshut-Bad Säckingen. Bereits am 27. Januar haben wir den Antrag „Mindestlohn entbürokratisieren und auf Fehlentwicklungen überprüfen“ in unserer Fraktion einstimmig beschlossen. Ich berichtete bereits mehrmals darüber. Dieser Antrag ist die Grundlage dafür, was wir mit der Bundesarbeitsministerin im Koalitionsausschuss an diesem Sonntag verhandeln werden. Die erheblichen bürokratischen Schwierigkeiten müssen praxistauglich gelöst werden. Der hohe Schwellenwert für die Nichtanwendbarkeit der Dokumentationspflichten nach dem MiLoG muss abgesenkt werden und auch für das Ehrenamt erwarten wir eine Lösung. Wir wissen, dass dies nicht einfach ist. Aber wir versuchen in den Verhandlungen alles.

### **3. Mein Bericht zum aktuellen Stand des Bundesteilhabegesetzes beim Frühstück der Vier Kirchlichen Wohlfahrtsverbände in Baden-Württemberg**



Vertreter des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg e.V., Caritasverbandes der Diözese Rottenburg-Stuttgart e.V., des Diakonisches Werkes der Ev. Landeskirche in Baden e.V. und der Ev. Kirche in Württemberg e.V. kamen im Rahmen eines Parlamentarischen Frühstücks in Berlin zusammen. Ich berichtete u. a. Msgr. Bernhard Appel über die Ziele eines modernen Bundesteilhabegesetzes und über den aktuellen

Zeitplan. Der Referentenentwurf soll noch bis Ende dieses Jahres vorgelegt werden. Momentan sind wir dabei, ein gemeinsames Eckpunktepapier mit dem Koalitionspartner zu erarbeiten, welches uns als Leitfaden für das Gesetz dienen wird. Die **Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz** (nach dem Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“) **tagte am 14. April** zum neunten und letzten Mal. Der Bericht (noch nicht öffentlich) der Expertengruppe (Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden, Leistungsträgern, Sozialpartnern, Bund, Ländern und Kommunen) stellt eine Grundlage für Gesetzesarbeiten dar.

## **II. Die Woche im Parlament (Auszug)**

**1. Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015.** In erster Lesung haben wir den Nachtragshaushaltsplan für 2015 beraten. Im November 2014 hat die Bundesregierung für die Jahre 2016 bis 2018 ein 10 Milliarden-Euro-Paket für Zukunftsinvestitionen unter anderem für die öffentliche Infrastruktur, den Klimaschutz, die Energieeffizienz und den Hochwasserschutz in Aussicht gestellt. Im Rahmen der parlamentarischen Abschlussberatungen des Bundeshaushalts 2015 wurde hierfür eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7 Milliarden Euro ausgebracht. Der Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan 2015 nebst Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 enthält die erforderliche Aufteilung auf einzelne Politikbereiche. Damit schaffen wir die Voraussetzung für konkrete Investitionsplanungen der Ressorts.

**2. Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern.** Das Gesetz, das wir in erster Lesung beraten haben, regelt die Errichtung des mit **3,5 Milliarden Euro ausgestatteten Sondervermögens „Kommunaler Investitionsförderungsfonds“** und sieht eine finanzielle Unterstützung von jeweils **500 Millionen Euro in den**

**Jahren 2015 und 2016 für Länder und Kommunen zur Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern vor. Überdies enthält der Entwurf eine Aufstockung der für 2017 vorgesehenen Kommunalentlastung von 1 Milliarde auf dann 2,5 Milliarden Euro.**

### **III. Sonstiges**

#### **1. Ehrenamtliche aus dem Wahlkreis auf politischer Erkundungstour durch Berlin**



Auch der Bahnstreik konnte die Vorfreude des Ortschaftsrates Riedern am Wald sowie der Freiwilligen Feuerwehren Riedern am Wald und Grafenhausen auf die Hauptstadt nicht trüben! Dank Ersatzfahrplan kamen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Berlin gut und pünktlich an. Bei perfektem Sonnenwetter und bester Laune ging es am nächsten Tag in den Reichstag, wo der Besuch einer Plenarsitzung mit anschließendem Gespräch mit mir und dem Besuch der Reichstagskuppel anstand. Ein Highlight, insbesondere für die Feuerwehr, war der Besuch der großen und modernen Feuerwache Tiergarten, von der sich die Schwarzwälder beeindruckt zeigten.

Das Informationsgespräch im Bundesministerium für Verteidigung hat die Gruppe genutzt, um aktuelle Fragen, so auch zum Bundeswehrgewehr G 36, zu stellen. Die Ukraine-Krise und die Arbeit der Frauen in der Bundeswehr waren weitere Schwerpunkte der Diskussion. Anschließend gab es eine Führung durch das Ehrenmal, welches 2009 feierlich eingeweiht wurde.

## 2. Pfarrer Thomas Schwarz aus Grafenhausen besucht Berlin



Ich freue mich immer, wenn ich Besuch aus dem Wahlkreis bekomme. Groß war daher die Freude über den Besuch aus der Seelsorgeeinheit Oberes Schlüchttal. Pfarrer Thomas Schwarz besuchte mit seinen Weihebrüdern des Jahrgangs 1987 Berlin und kam auf einen Kaffee in mein Büro. Nach Jahren des Umbruchs und der Neuorganisation sieht Pfarrer Schwarz jetzt erst einmal für die nahe Zukunft Stabilität mit dem neu gewählten Pfarrgemeinderat aus allen Orten der neuen Seelsorgeeinheit. Wir unterhielten uns angeregt über die Situation der Kirche heute, auch über die Rolle der Frau. Die Kirchenleitungen sehen die Notwendigkeit, Frauen in leitenden Funktionen einzusetzen, so wurde die frei gewordene Stelle der/des Schulbeauftragten mit ei-

ner Frau besetzt. Auch die Leitung einer Gemeinde müsse nicht zwingend mit einem geweihten Priester besetzt werden, so Schwarz. Eine Frau könne diese eher organisatorischen und administrativen Aufgaben genauso gut bewältigen und damit den Priester unterstützen und entlasten.

Nach einem Rundgang durch das Paul-Löbe-Haus und mit einigen Tipps zu Aktivitäten in der Hauptstadt verabschiedete sich der Besuch aus der Heimat.

## IV. Aktuelle Termine/Hinweise

### 1. Landwirtschaftspreis für innovative Ideen



Der Landwirtschaftspreis für unternehmerische Innovationen (L-U-I) prämiiert innovative Ideen und Projekte in ganz Baden-Württemberg. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen, Handwerksbetriebe, Organisationen, Initiativen und Kommunen.

Der Preis ist mit insgesamt 5.000 Euro dotiert. Bewerbungsschluss ist der **30. Juni 2015**.

Weitere Informationen gibt es unter [www.lui-bw.de](http://www.lui-bw.de)

Thomas Dörflinger MdB und ich unterstützen Sie sehr gerne bei Ihrer Bewerbung!

## 2. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 26. Mai, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

## 3. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis \(Auswahl\):](#)

- 26. April:**
  - Ausstellung „Leben auf dem Lande“, Schlüchttal-Schule, Ühlingen-Birkendorf
  - Eröffnung Erlebniswelt „Zeit und Entschleunigung“, Schwarzwaldhaus der Sinne, Grafenhausen
- 27./28. April:**
  - Klausurtagung der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Airport Frankfurt am Main
  - Vorstandssitzung Frauen- und Kinderschutzhaus Kreis Waldshut
- 29. April:**
  - Bezirksausschuss der CDA Südbaden – gemeinsam mit dem AK Inklusion der CDU Südbaden
- 30. April:**
  - EU-Projekttag 2015, Bad Säckingen
  - Strukturkommission Frauen- und Kinderschutzhaus, Dogern